

## **Keine ‚Auffanglager in Nordafrika‘**

wie sie mit einer Idee des Bundesinnenminister Otto Schily 2004 öffentlich gemacht wurden. Dies sollte die Maßnahme sein, um die damals (und seitdem) nach Europa strömenden Afrikaner an den südeuropäischen Küsten zu sammeln und in diese angedachten Auffanglager zu bringen. Der Auslöser für derart drastische Ideen war und ist, dass diese Auswanderer meistens ihre Pässe "verloren" haben und sie somit kein Herkunftsland haben, in das man sie zurückschicken kann. Da sie als Staatenlose nirgendwohin zurückgeschickt werden können, verbleiben sie bis heute in einem europäischen Land ihrer Wahl.

Angeregt durch diese öffentliche Diskussion hatte ich damals meine Gedanken hierzu mal niedergeschrieben und auf meiner persönlichen Web-Site veröffentlicht. Ich hatte hierzu damals einen ironischen, leicht sarkastischen Ton gewählt. Vorangestellt hatte ich ein in simplen Reimen gedichtetes ‚Immigration-Song‘, der im Aufbau an das aus meiner Kindheit mir bekannte Kinderlied „10 kleine Negerlein“ erinnerte. In diesem Reimen nahm ich mir die künstlerische Freiheit, ein überspitztes in Zehnerpotenzen exponentiell wachsendes Immigrations-Szenario zu malen, in dem am Ende Millionen ins gelobte Land auswandern möchten. Ich hatte dann nach einer sarkastischen oder meinetwegen auch als kabarettistisch zu bezeichnenden Einleitung eine Alternative zu den damals diskutierten Auffanglagern in Nordafrika vorgestellt, dazu unten mehr.

Vor einigen Monaten hatte ich den Link von meiner Seite entfernt, da wir zwischenzeitlich die Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT gegründet hatten. Ich hatte mir 2004 die Freiheit genommen, meine persönlichen Gedanken zum obigen Thema aufzuschreiben. Damals hatte ich mich mit einigen Leuten in einem offenen Internet Forum dazu ausgetauscht. Mit Mitgliedern der Partei DIE FREIHEIT kam es nie zu einem Austausch zu diesem Thema. Wohl auch, weil es im vergangenen Jahr nicht aktuell war<sup>1</sup>.

Ich hatte es von der Web-Site genommen, um Verwechslungen zwischen einigen meiner überspitzt dargestellten Gedanken aus 2004 und Positionen der Partei DIE FREIHEIT zu vermeiden. Allerdings hatte ich dabei den dummen Fehler gemacht und nur den link bei Gedanken.htm gelöscht, nicht aber die Datei selbst. So kam es jetzt, daß PC-korrekte Empörte aus einer unvermuteten politischen Richtung die Datei ausgekratzt und den Inhalt als angeblich rechtsextrem und rassistisch im Internet kritisiert haben (die Kritiker sollen übrigens wahre Experten zu diesen Themen sein).

Dazu nehme ich im Folgenden Stellung. – Änderung am 13.10.2013: Nach 2 Jahren habe ich zum Vergleich den alten Text wieder eingestellt, s. 22.10.2005 Zur anstehenden Masseneinwanderung aus Afrika:

Ich halte ein Abfangen der staatenlosen (weil ohne Pässe) Auswanderer und deren einpferchen in Auffanglager in Nordafrika für eine inhumane Lösung – weil die Leute dort keine Gelegenheit erhalten sich eine eigenen Existenz aufzubauen und auch keine Aussicht auf Freizügigkeit haben. Solche Lager könnten außerdem nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn die Lebensrealität in den Lagern so abschreckend auf Auswanderungswillige wäre, daß die es dann doch vorziehen in ihren Ländern in oftmals sehr schwierigen und perspektivlosen persönlichen Situationen zu verbleiben – d.h. die Lebenssituation in den Lagern müsste ziemlich mies sein; wenn´s dort komfortabel zuginge, dann würden die Menschen eben dorthin strömen!

---

<sup>1</sup> bis vor einigen Wochen wiederum eine Flüchtlingswelle aus Afrika answoll – dieses Mal aber aus den Bürgerkriegsgebieten der nordafrikanischen Länder – und zu meiner Überraschung bereits in diesem Stadium durch ein am Ende meines damaligen Textes für möglich gehaltenem neokolonialistischem militärischen Eingreifen von westlichen Staaten gegen Potentaten, denen die Menschen Richtung Europa davonlaufen. – Ich halte die militärischen Aktionen westlicher Länder in Libyen übrigens für ungerechtfertigt überzogen. Aus dem angeblich angestrebten ‚Flugverbot‘, welches gegen die libysche Armee ursprünglich durchgesetzt werden sollte, wurden sehr schnell umfassende Luft-Boden Angriffe gegen verschiedenste Ziele in Libyen.

Auf der anderen Seite halte ich die Aufnahme einer sehr großen Zahl von nicht eingeladenen Immigranten in unser Land für äußerst problematisch. Wir sind ein (noch) relativ reiches Land und haben einen Sozialstaat, in dem z.B. eine Familie mit 3 Kindern ohne Arbeitseinkommen von Vater oder Mutter vom Staat mit einem Sozialtransfer von über 2000 € unterstützt wird. Dies ist für Menschen aus viel weniger reichen, oder gar armen Ländern ein Monatseinkommen, welches dort nur Wenige haben, die der dortigen Oberklasse zugezählt werden. Wenn die dann erleben, wie die vor einigen Jahren Ausgewanderten auf Besuch zurück kommen und für die dortigen Verhältnisse reich geworden sind (oder heute, viel schneller, via Internet-Verbindung davon berichten), dann löst dies bei einer exponentiell wachsenden Gruppe den Wunsch aus, auch in das oder die Länder in Europa auszuwandern in denen jederman reich wird, ob mit oder ohne Arbeit. – die Folge wäre eine immer weiter anwachsende Immigrantenschar. Da die meisten für die Anforderungen unserer Hochleistungs-Wirtschaft nicht qualifiziert sind, müssten die meisten Einwanderer von unserem Sozialsystem finanziert werden. Die Folge wäre ein Zusammenbrechen unseres Sozialsystems, oder mit anderen Worten: unser Land hätte so lange Sogkraft auf Immigranten, wie unsere untersten Einkommen (ohne Arbeit) noch deutlich höher als die Einkommen in den Herkunftsländern der Immigranten sind. Erst wenn unsere unterste soziale Schicht auf Neu Dehli- oder zentralafrikanischem unteren Niveau angekommen wäre, dann würde die Sogkraft nachlassen. In so einem Szenario hätten wir zwei Optionen:

1. Entweder sozial gerechte Armut für alle in einem total überfüllten Land
2. oder hermetisch voneinander getrennte soziale Schichten mit großen Unterschieden zwischen reichen Arbeitsplatzbesitzern und einer verelendeten Unterklasse – die auch keine Chancen erhalten, da sie damit im Arbeitsmarkt als Billiganbieter dem wohlhabenden Mittelstand die Einkommen verderben würden – die weniger hoch qualifizierten Deutschen würden durch diesen Wettbewerb als erste schnell sinkende Einkommen erfahren<sup>2</sup> – nach einiger Zeit gäbe es eine politische Mehrheit für soziale Umverteilungen – und wir würden bei der oben stehenden Option 1 landen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß ich von den Einwanderern keine niedrige Meinung habe. Sie sind, gleichgültig woher sie kommen, diejenigen, die bereit sind, zur Änderung und Verbesserung ihres Lebens ein hohes Risiko und viele Mühen auf sich zu nehmen. Sie sind auch nicht die Ärmsten und Erfolglosesten aus ihren Ländern, da Sie zumindest über die Mittel verfügen müssen, um den weiten Weg nach Europa überhaupt zu finanzieren – sprich, die Schieber zu bezahlen. Zumindest die erste Einwandererwelle aus einem Land besteht somit aus Leuten, vor deren Wagemut und Pioniergeist man Respekt haben muss. Bei der dann nachgeholt oftmales großen Angehörigengruppe oder den arrangierten Bräuten oder Bräutigamen aus Anatolien, die heute einen großen Teil der türkischen Einwanderer ausmachen, muss man solche besonderen Eigenschaften aber nicht vermuten (aber auch keine negativen – ich würde, wenn ich die Wahl hätte, auch lieber in einem reichen, statt einem armen Land wohnen).

Betonen möchte ich auch, daß es doch unsere Regeln sind, die die Einwanderer davon abhalten ihren Lebensunterhalt hier durch Arbeit zu verdienen. Die Leute kommen nicht wegen der Sozialhilfe, sie kommen hierhin um sich dem Leben anzunähern, wie sie es in Filmen aus Europa und USA gesehen haben. Ein Leben, in dem es Massenwohlstand für alle gibt.

2004 hatte ich über Alternativen zu den Auffanglagern in Nordafrika nachgedacht. Eine Aufnahme einer durch die beschriebene Sogwirkung unübersehbar wachsenden Immigrantenschar hielt und halte ich für selbstmörderisch für unseren Sozialstaat – und in einem Staat mit einer verelendeten Unterschicht möchte ich nicht leben – außerdem wären die (berechtigten) Revolten der Unterschicht absehbar. Man

---

<sup>2</sup> stehen wir da heute? – noch haben wir aber keine verelendete Unterschicht, weil der Sozialstaat noch hält, allerdings mit hohen Schulden finanziert.

kann die Leute auch nirgendwohin schicken, wenn die ohne Pässe an Europas Küsten anlanden – und sie in Küstennähe auch nicht zurück schicken, ohne ihren Tod auf offener See in Kauf zu nehmen.

Was bleibt? Entweder das politisch korrekte Weiter-So – dann aber auch bitter weiter denken, was danach kommt – die absehbaren sozialen und ethnischen Konflikte und die daraus folgenden möglicherweise viel radikaleren politischen Reaktionen nach weiteren Jahren der Untätigkeit

oder das tabulose Suchen nach Lösungen, mit denen alle beteiligten Menschen gut leben können und die auch Allen eine Zukunftsperspektive eröffnet.

Deshalb dachte ich an eine national oder international abgestimmte Lösung, um die staatenlosen (weil ohne Pass) Einwanderer in einem<sup>3</sup> neu zu bildenden exterritorialen Gebiet anzusiedeln<sup>4</sup>. In diesem Gebiet können die Einwanderer zunächst einfache<sup>5</sup> Unterkünfte erhalten und ihr Zusammenleben dort so weit wie möglich selbst vor Ort organisieren. Um eine Lebensgrundlage zu erhalten, sind Vereinbarungen mit internationalen Unternehmen abzuschließen, damit dort Arbeitsplätze entstehen<sup>6</sup>. Mit den Einkommen können die Einwanderer ihre Lebenssituation verbessern. Die einen werden dann mehr Mobilität wählen und reisen<sup>7</sup> und die anderen werden Immobilität vorziehen und sich dort lieber frühzeitig ein Häuschen bauen und eine Familie gründen.

Mit den Gastländern sind Vereinbarungen für die Nutzung der Infrastruktur zu treffen. Die Produktionsfirmen haben entsprechende Zahlungen hierfür zu leisten. Mit den Einkommen aus den Produktionen liegt dann auch eine wirtschaftliche Grundlage vor, damit in dem Gebiet selbstständige Tätigkeiten mit Handel und Dienstleistungen ebenso entstehen können, wie wirtschaftliche Beziehungen zum Gastland (inklusive medizinische- und Versicherungsleistungen usw.) Ebenso können die Einwohner des Gebiets auch im Gastland arbeiten (und als Gast wohnen, so lange sie einen Job haben), wenn sie Arbeit finden, oder sich dort selbstständig betätigen. Nach Aufbau einer funktionierenden Struktur und der erfolgten Ausbildung der Einwanderer in Produktion und Verwaltung sowie durch weitere Ausbildungsangebote kann das Gebiet Bestandteil des Gastlandes werden – was Möglichkeiten einer im Ausmass dann festzulegenden Autonomie einbezieht.

Mit diesem Vorschlag wird das Ziel verfolgt, absehbare große Immigrationsbewegungen mit Maßnahmen zu begegnen, die verhindern, daß unser Hochlohn- und Sozialsystem zerstört wird und auch den Einwanderern eine gute Zukunftsperspektive bewahrt wird.

K. Schmitt 30.5.11 mit obengenannter Änderung am 13.10.13

---

<sup>3</sup> Bei Bedarf mehreren

<sup>4</sup> Diese könnte an verschiedenen Orten liegen, z.B. 30 Quadratkilometer, das wäre z.B. eine Rechteckfläche, die 5 mal 6 km groß ist, in jedem Land, welches am wirtschaftlichen Wert einer Produktionsansiedlung interessiert ist, die nicht die nationalen wirtschaftlichen Interessen tangiert. Ich halte es für möglich, so ein Gebiet auch in Deutschland einzurichten.

<sup>5</sup> Ich schrieb damals ‚lagerähnliche‘

<sup>6</sup> Da exterritorial, gilt dort weder die deutsche Sozialgesetzgebung, noch das deutsche Tarifrecht. Mit deutschem Tarifrecht ist es bekanntlich nicht so einfach, mal eben neue Produktionsarbeitsplätze zu schaffen. Das geht nur mit vertraglich für ein paar Jahre gesicherte relativ niedrige Löhne. Zwar wäre so etwas auch in einem Herkunftsland der Immigranten, z. B. in Zentralafrika, möglich, aber die dortigen politischen Verhältnisse und die mangelnde Verkehrsinfrastruktur sind nicht so, daß westliche Firmen dort gerne in Produktionsstandorte investieren.

<sup>7</sup> mit einem für das Gebiet ausgestellten und mit Fingerabdruck fälschungssicherem Pass, mit dem Sie volle Freizügigkeit haben – wenn Sie den Pass weg schmeißen, um als staatenlose Einwanderer in unseren Städten Sozialhilfe zu beantragen, dann können sie identifiziert und in ihr zugewiesenes Gebiet zurück geschickt werden. Von denen die ins Ausland reisen, werden einige möglicherweise nicht zurück kommen.